



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Bayern trotz rückläufigem Bundestrend bei Wohnungsbaugenehmigungen**

Bayern trotz rückläufigem Bundestrend bei Wohnungsbaugenehmigungen

1. März 2018

+++ „Während bundesweit die Zahlen von Wohnungsbaugenehmigungen wieder rückläufig sind, ist in Bayern das Bauen von Wohnungen nach wie vor im Trend. Mit knapp 75.000 Wohnungsbaugenehmigungen im Jahr 2017 wurde das Spitzenergebnis aus dem Jahr 2016 heuer sogar leicht übertroffen“, so Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann zu den heute veröffentlichten Zahlen des Landesamts für Statistik. „Dennoch dürfen wir keinesfalls bei unseren Anstrengungen nachlassen. Wir brauchen mehr Wohnungen, gerade in den Ballungsräumen“, kündigte Herrmann an. Mit Erfolg konnte sich Herrmann bei den Koalitionsverhandlungen für die Einführung eines Baukindergeldes einsetzen. Herrmann: „Mit dem Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro je Kind pro Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren wollen wir gerade junge Familien beim Bauen unterstützen.“ +++

In Bayern wurden nach den vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik im Jahr 2017 für 74.981 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt oder Genehmigungsfreistellungsverfahren abgeschlossen. „Mein vor Jahren ausgegebenes, hoch gestecktes Ziel von jährlich 70.000 neuen Wohnungen in Bayern wurde wieder erreicht und sogar noch übertroffen“, stellte Herrmann fest. „Besonders erfreulich ist das Plus von 3,9 Prozent bei den Baugenehmigungen im Geschosswohnungsbau. Hier wurden 34.596 Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern zum Bau freigegeben.“

Zuversichtlich ist Herrmann, dass der Wohnungsbau mit einer neuen Großen Koalition in Berlin neuen Schub bekommt. In den Koalitionsverhandlungen konnten steuerliche Anreize für den freifinanzierten Wohnungsbau sowie finanzielle Unterstützungen zur Förderung der Eigentumsbildung insbesondere für Familien durchgesetzt werden. Darüber hinaus soll es eine weitere Verschärfung der energetischen Anforderungen über die Anforderungen der EnEV 2016 hinaus nicht geben. Stattdessen haben sich die künftigen Koalitionäre in Berlin darauf verständigt, die energetische Gebäudesanierung steuerlich zu fördern, was Bayern schon jahrelang fordert. Zudem soll entsprechend des Ergebnisses der Koalitionsgespräche in Berlin ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von Wohngrundstücken geprüft werden. Auch dieser Freibetrag wird den Eigentumserwerb durch Familien wesentlich erleichtern.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

